

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 503

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75 rest. Sem. Durch die Post monatlich RM. 1,34, vierteljährlich RM. 4,00 außer Postgeb.	Morgen-Ausgabe	Anzeigenpreis: für die erste 20 Pfg., für die folgenden 10 Pfg., für die dritte 5 Pfg., für die vierte 3 Pfg. — Anzeigen in 1. Hft. — Absond. nach Cont.
Geschäftliche Halle: Saale; Leipziger Straße 61/62, Fernruf 7901, 5603—5610. Wochenbeilage: H. S. Maschinen-Werke. — Postfach-Post: Leipzig 20512.	Mittwoch, 2. Oktober	Geschäftliche Berlin: Bernburger Str. 80, Fernruf Um Kurfürst 20, 6290. Eigene Berliner Schriftsetzerei. — Verlag un' Druck von Otto Heide, Halle-Saale

Annahme des gleichen Wahlrechts

Berlin, 1. Oktober.
In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde nach kurzer Aussprache über die Herrenhauskommission des Herrenhauses wurde nach kurzer Aussprache über die Herrenhauskommission des Herrenhauses wurde nach kurzer Aussprache über die Herrenhauskommission des Herrenhauses...

1848 und 1918

Was wir in den letzten Wochen auf innerpolitischen Gebiet durchlebt haben, erinnert in mehr als einem Betracht an die Vorgänge des Jahres 1848. Auch damals veränderte eine baltische Regierung, die erst die Hängel am Boden schleifen ließ und dann schrittweise von Position zu Position vor der andringenden demokratischen Welle zurückwich, daß unendlich viel wertvolles nationales Gut verloren ging. Die gegenwärtige Parlamentskrise, die sich unter der „Führung“ der Reichsleitung zu einer Regierungskrise auszuweiten konnte, ist nur ein neues Glied in der alten Kette demokratischer Forderungen, die durch die innere Kriegslage des Herrn von Bethmann Hollweg zu schänden begonnen wurde. Man kann sagen, daß seit jener Zeit, als das Wort von dem armenischen Schicksal Deutschlands fiel, der auch kein treuerer sein sollte, es niemals aufgehört hat, Sanktionierung in Deutschland zu geben, die aber nicht aus der Natur gewaltiger Ereignisse heraus entstanden war, sondern die von ebenso ebrenigen wie anmaßenden Politikern in Parlament und Presse künstlich gemacht wurde, um die Massen dauernd aufzurütteln und durch sie dann der Regierung und der Krone immer neue Forderungen abzupressen. Auf diese Weise wurde der Reichskanzler Dr. Michaelis gestürzt und mußte jetzt nach innerlich erfolgloser Amtsführung Graf Hertling zurücktreten. Handgreiflich stellt jetzt jedermann vor Augen, daß besonders die gegenwärtige Krise lediglich aus dem Mangel der Demokratie geboren wurde, die als „getreuerer Sohn Deutschlands“ die schwersten Stunden des Vaterlandes gerade gut genug fand, um für ihre egoistischen Parteizwecke daraus Kapital zu schlagen. Graf Hertling ist letzten Endes zurückgetreten, weil er die Verantwortung für eine Herrschaft der Reichsregierung, wie sie die Aufhebung des § 9 bedeutet, nicht übernehmen zu können glaubte hat, und weil er die Autonomie Elsaß-Lothringens, die er als eine Gefährdung der Reichsgerichtsbarkeit ansah, nicht gewahren konnte.

Nach seinem Sturz haben wir jetzt wohl ein parlamentarischer Ministerium zu erwarten, das sich einseitig aus Vertretern demokratischer und sozialdemokratischer Parteien zusammensetzen und den Kreisen der Bevölkerung, die über die Existenzbedingungen unseres Volkes anderer Meinung sind, in diktatorischer Härte seinen Willen aufzuzwingen wird. Das nennt man dann in der Reichspressen die Heranziehung aller Kräfte zur Stärkung der nation-

nen Verteidigung und Schließung der inneren Einheitsfront!

Wie mit dem Eintritt Hertlings im Reich die alte monarchische System, das Bismarck'sche Staatskabinet begründet hatte, zugrunde ging, so wurde durch die Einbringung der Wahlrechtsvorlage und die Annahme des gleichen Wahlrechts in der Herrenhauskommission ein weiteres Stück des alten Reiches zu Grabe getragen. Der Beschluß dieser Kommission ist ein neuer Beweis dafür, wie stark durch den Verzicht auf die demokratische Woge bereits geworden ist. Sie wird jetzt gewiß nicht halt machen, und man wird daher gut tun, sich auf weitere Zugeständnisse der Regierung gefaßt zu machen. Man kann nunmehr wohl ermeinen, was man von dem nächstens aufzutretenden Reichstage an Kräftigung der inneren Position vor dem erwarten muß. Über darüber sollte man sich doch auch bei denen nicht hinwegsetzen, die heute bereits die unumhüllbarke Macht in Händen zu haben glauben und terroristische Politik zu treiben beginnen: daß eine gewaltlos ausbrechende Bewegung nicht ohne Gegenwirkung bleiben kann, daß gerade dann, wenn demokratische Willkür am unerschütterlichsten zu sein glaubt, der konservative Gedanke die größte Kräftigung erfahren wird. Diejenigen, die heute ablehnen, nach dem Willen des Kaisers ein Koalitionskabinet zu bilden, werden einst bereuen, dem historischen Verdrangenen unseres Volkes Gewalt angetan zu haben. Auf die Wirnisse des Jahres 1848 folgte bekanntlich sehr bald der Rückschlag der 50er Jahre. Das sollte überleitet Entwicklung doch zur Warnung dienen!

Nationalliberale für das gleiche Wahlrecht

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 1. Oktober.
Die maßgebenden nationalliberalen Abgeordneten haben angelehnt der gegenwärtigen Lage beschlossen, ihre Bedenken wegen Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen gegenüber der Reichsleitung zur Herbeiführung der nationalen Einheitsfront zurückzuführen und für eine sofortige Beschäftigung der Wahlrechtsvorlage auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts einzutreten.

Zum Kaiserwechsel
Hegen weitere wesentliche Nachrichten bis zur Stunde nicht vor. Sozialdemokraten und Reichsleiter sind sich darin einig, kein Koalitionskabinet, sondern eine einseitige Reichsregierung zu bilden und die Nationalliberalen daran nicht teilnehmen zu lassen, weil deren letztes Programm noch immer nicht die sozialdemokratischen Mindestforderungen entzifferte. Die Nationalliberalen, die sich aber gern an der parlamentarischen Regierung beteiligen möchten, verhandeln unangenehm mit den Reichsleitern, um eine Einigung doch noch herbeizuführen. Nach anderen Meldungen soll neben Dr. Wolf auch Prinz Max von Baden für den Reichsposten in Betracht kommen, falls Herr von Bismarck nicht gemäß ist, die Bürde des Reichsamtens auf seine Schultern zu nehmen. Das übrigens das preussische Staatsministerium bereits demissioniert habe, wie das „B. Z.“ wissen will — beweist wohl es den Wunsch geht —, freitrag entgegenstehenden Meldungen nicht den Zufall.

„Nationale Verteidigung“

In der sozialdemokratischen Presse aufgetaucht und von dort in die bürgerlich-demokratische übernommen, ist das Wort von der „nationalen Verteidigung“, die organisiert werden müsse. Was man sich aber darunter vorstellen soll, hat noch niemand zu sagen gewußt. Es würde das auch sehr schwer fallen im geschichtlichen Lande der allgemeinen Wehrpflicht, bei einem Volk in Waffen, dem die Feinde bevorzugen, es leide an „Militarismus“. Aber Deutsche vom 17. bis 60. Jahre ist heute dienstpflichtig, falls man nicht ganz besondere Gründe beibringt. Ist das nicht die Organisierung der nationalen Verteidigung? Was sollte noch weiter gesehen, um sie durchzuführen? Es ist wieder einmal ein Schlagwort der französischen Revolution, das man da ausgehoben hat, trotzdem es von untern jetzigen Verhältnissen längst überholt, also sinnlos ist. Das wissen die Scheideleute und Genossen wohl selbst am besten. Aber sie wissen auch, wie gedankenlos solche in die Öffentlichkeit gemorrenen Schlagworte nachgedruckt werden, und sie haben sich nicht bedacht, daß dieses Wort nicht überal von den „nationalen Verteidigung“, als ob dasjener ein großes, rettendes Geseinnis liege.

Der Zweck der Sache liegt selbstverständlich in der Behauptung des Scheideleuten Zentralorgans, das deutsche Volk braucht die Sozialdemokratie. Die notwendige Organisierung der nationalen Verteidigung sei etwas, was man am leichtesten, nein überhaupt nur mit Hilfe der Sozialdemokratie fertig bekommen könne. Es hängt also lediglich von dem guten Willen der roten Parteiführer ab, ob sie ihren Geschäft getrieben machen wollten, um dabei fördernd oder verhinndernd, getwärtend oder vermergend zu wirken. Selbstverständlich, wird wiederum verächtlich, wolle auch die Sozialdemokratie alles zur Verteidigung des Vaterlandes tun; aber wenn sie sich nicht betätigen solle, müsse eine Regierung vorhanden sein, der sie ihr Vertrauen schenken könne. Sei die Regierung nicht danach, so müsse sie für die Unterbringung verlagern, wie sie es in der Vergangenheit des Staats bereits der jetzigen Regierung gegenüber getan habe. Und bei der Auffassung ihrer „Bedingungen“, des Ultimatum an die Regierung und die Mehrheitsparteien haben es die leitenden Stellen der Sozialdemokratie ja ganz offen im „Vorwärts“ ausbreiten lassen: Wenn die Bedingungen nicht angenommen, d. h. wenn die Regierung und das Reich nicht der Sozialdemokratie ausschließlich werden, ist der Plan der nationalen Verteidigung gescheitert. Diese Forderung in den Augen der ernsten Entscheidung ist der Sozialdemokratie die Politik der Verzweiflung. Man spekuliert darauf, daß sich die Regierung, genötigt vor drohenden Forderungen der Demokratie zurückzuziehen, durch das Schlagwort der „nationalen Verteidigung“ und die Aussicht, bei ihrer Organisation sich von den Scheideleuten und Genossen nicht unterstellt, als behindert zu sehen, einschüchtern lassen werde. Wird das Schlagwort für bare Münze hingenommen, so ist tatsächlich die Gefahr vorhanden, daß dies geschieht. Dabei ist es notwendig, das neue Schlagwort genau zu bezeichnen, um seine billige Unhaltbarkeit festzustellen. Und es ergibt sich bei dem, daß wir die organisierte nationale Verteidigung schon längst besitzen, ebe die sozialdemokratischen Parteiführer das Wort erfanen. Wollen diese auf diesem Gebiete einen Einfluß ausüben, der ihren üblichen Willen zum Ausdruck bringt, wollen sie etwas vermergen, weil man sich nicht ihren Bedingungen unterwerft, so müssen sie sich schon gegen die allgemeine Wehr- und Zivilienpflicht und gegen die zu ihrer Durchführung notwendigen Anordnungen aufstellen. Das gerade wollen sie vermeiden, da sie die Folgen scheuen. Und deshalb haben sie das Wort von der „nationalen Verteidigung“ aufgebracht, zu deren Organisierung man die Sozialdemokratie brauche. Es ist Sache der Regierung, sich durch solche Anstie nicht ins Vordringen jagen zu lassen. Tut sie das doch, so beweist sie damit Mangel an Klarheit und an Bestigkeit.

Abg. Dietrich-Essen †
Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Dietrich-Essen (naltlich) ist vergangene Nacht um 12 1/2 Uhr gestorben. Dem Abgeordneten wurde der Abg. Dietrich — mit Unterbrechung von Mai bis November 1908 — seit September 1901 für Westf., Westfalen, Duisburg, Oberhausen und Düsseldorf angehört; in den Reichstagen wurde er als Reichstags-Beauftragter vom Reichsfreie Senatskammer-Quartalsbergrung 1914 entsandt. Auf innerpolitischen Gebiet trat Dietrich in der letzten Zeit als einer der entschiedensten Gegner der Wehrreform, reform innerhalb der nationalliberalen Partei hervort.

Die Friedensbedingungen für Bulgarien

Berlin, 30. September.
„Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: In der Antwort der Allierten auf das bulgarische Angebot wird mitgeteilt werden, daß die Friedensbedingung erst dann eingeleitet werden können, wenn Bulgarien mit Deutschland, Österreich und der Türkei bricht. Die Forderungen, die an Bulgarien gestellt werden sollen, werden wahrscheinlich folgende Punkte enthalten:

1. Entwaffnung und Demobilisierung der bulgarischen Armee;
 2. Übergabe der Eisenbahnen;
 3. Räumung des ganzen seit Bulgariens Eintritt in den Krieg besetzten Gebietes;
 4. Freier Zugang der Allierten zu den Wegen, die nach der Türkei, Desterreich-Ungarn und Rumänien führen.
- „Daily News“ bemerkt dazu, daß diese Bedingungen das Mindestmaß dessen wären, was die Allierten angedehnten können. Die Annahme der Bedingungen durch Bulgarien würde bedeuten, daß seine Grenzen zu bleiben wie vor dem Kriege und daß seine Kriegsschiffe zu bleiben wie nach dem Scheitern des Krieges werden können, und daß die

Entente-Armee den Schutz des bulgarischen Gebietes übernehmen würden. Kein Volk, das sich in der Lage Bulgariens befindet hätte, hätte hoffen dürfen, mit einer so leichten Strafe davonzukommen.

Ungarn gegen den Sonderfrieden

Budapest, 30. September.
„Akkadémi" meldet: Gegenüber dem Würchen, als ob die Monarchie einen Sonderfrieden schließen wolle, hat man von einer eingeweihten Seite, wo man die Auffassung der Regierung genau kennt, folgendes erklärt:
Von einem Sonderfrieden der Monarchie ist weder heute, noch war in der Vergangenheit die Rede, noch wird und kann in Zukunft die Rede davon sein. Weder im Kronrat, noch in ungarischen oder in österreichischen Ministerrat, noch in den gemeinsamen Ministerkonferenzen ist da auch nur die entfernteste Möglichkeit dieses abzuenden Gedanken aufgetaucht. Alle maßgebenden Faktoren der Monarchie und alle ernsten Faktoren der ungarischen Politik stimmen darin überein, daß unsere Friedensbedingungen, welche mit unvoränderter Aufrichtigkeit und ehrlichem Willen erlassen, nur in Gemeinschaft mit dem und verbrüdereten Deutschen Reich aufzutreten können.

